



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

C-r.: Vom deutschen Reichstag.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

und durch mancherlei Vorgänge zu allerhand Besorgnissen erregt ist — Vorgänge, bei denen die Regierung sich wenigstens nicht geschickt benommen hat, z. B. in der Leonhardi'schen Sache, in der sie so viel Staub aufwirbeln ließ, während ein einziges Wort der Berichtigung statt erst jetzt (in eben jenem Journal-Artikel) vor 3—4 Wochen öffentlich gesprochen, das ganze Gerede im Keime erstickt hätte. Aber ich spreche davon nicht, weil ich meine, man soll dieses Gebiet ohne die äußerste Noth nicht berühren, soll namentlich vermeiden Beunruhigungen dieser Art im Volke zu wecken, oder zu nähren, die so leicht fanatisirend wirken. Bietet doch auch das rein politische Gebiet, wie wir sahen, leider nur zuviel Stoff zu Befürchtungen, daß nicht Alles so sei, wie man wünschen möchte.

Fragen Sie mich nun, was, nach meiner Beobachtung, bei so bewandten Umständen wol die liberale Partei thun wird, die aus der erfreulicheren Rolle einer wenigstens halben Bundesgenossin oder Concurrentin der Regierung in der Schaffung positiver Reformen sich in die viel unerfreulichere einer die Regierung bekämpfenden *ecclesia militans*, vielleicht auch *ecclesia pressa* zurückgeworfen steht, so glaube ich einen Vorwurf, den ich in meinem früheren Artikel derselben vielleicht etwas vorschnell gemacht habe, zurücknehmen, oder doch suspendiren zu sollen — den Vorwurf der Halbheit. Die bisherigen Schritte wenigstens, sowol des von der Partei bestellten Centralwahlcomité, als auch der Vertrauensmänner im Lande scheinen zu bezeugen, daß man allseits in den liberalen Kreisen den Ernst der Lage erkennt und ihr die Stirn zu bieten entschlossen ist. Freilich sind das nur die ersten Stadien der Wahlbewegung, und das entscheidende Moment, die Wahlen selbst, steht noch aus. Mag es dabei und, wenn die Wahlen glücklich überstanden sind, in der Kammer selbst der liberalen Partei nicht an der rechten Kraft, Entschlossenheit und Einmüthigkeit des Handelns fehlen!

## Vom deutschen Reichstag.

Berlin, den 8. Juni 1873.

Vier Sitzungen hat der Reichstag in dieser Woche gehalten oder vielmehr zu halten versucht. Drei Mal ist der Versuch mißlungen und die Sitzung wegen Beschlußunfähigkeit abgebrochen worden. Darob natürlich viel Klagen und Vorwürfe. Man ist einig, daß da ein Schuldiger sein muß, aber durchaus uneinig, wer dieser Schuldige ist. Die Einen klagen die Rä-

Grenzboten 1873. II.

55

figkeit der Reichstagsmitglieder an, die nach kaum drei Monaten leichter und unterbrochener Arbeit schon nicht mehr arbeiten wollen. Die Andern klagen die Reichsregierung an, daß sie den Reichstag drei Monate zu früh zusammenberufen, während sie doch ganz genau wissen mußte, daß sie von ihren Vorlagen so gut wie Nichts fertig hatte.

Unsererseits wollen wir jedem dieser beiden Angeklagten einen Theil der Schuld gönnen. Aber es giebt noch andere Schuldige. Der Hauptschuldige in unsern Augen ist die unverzeihliche Pedanterie, mit der man an der Zahl von 192 Mitgliedern, das ist die Hälfte des Reichstags, als an der zur Beschlussfähigkeit erforderlichen Zahl festhält. Hat man so große Angst vor Minoritätsbeschlüssen, so setze man diese Zahl fest für jede dritte Lesung. Aber sie festzuhalten für alle formalen und vorbereitenden Beschlüsse,\*) ist eine baare Thorheit, die ersichtlich großen Schaden stiftet und niemals einen Schatten von Nutzen gewährt. Wenn die chronische Beschlussunfähigkeit den Erfolg hat, jene Zahlbestimmung aus der Welt zu schaffen, so hat sie einen der nützlichsten Fortschritte bewirkt. Noch scheint freilich Niemand auf die allein richtige Abhülfe zu denken, und es werden allerlei höchst unpraktische Auswege vorgeschlagen.

Es giebt endlich noch einen vierten Schuldigen, den freilich Niemand zur Verantwortung ziehen kann. Das ist der Reichthum dieser Zeit an gesetzgeberischen Aufgaben. Die Reichstagsmitglieder sind ermüdet, und die meisten von ihnen haben das volle Recht dazu, nicht gerade von den Arbeiten dieser Session, aber von der ganzen politischen Arbeit des Winters, an der alle gebildeten Deutschen Theil genommen haben mit aller Spannung, gleichviel ob sie Abgeordnete sind.

Die Arbeiten, welche dem Reichstag noch vorliegen, sind sehr wichtig und sehr dringend. Daß sie aber sämmtlich nicht den Aufschub eines einzigen Jahres vertragen sollten, kann doch im Ernst Niemand behaupten wollen.

Der natürliche Ausweg scheint zu sein, im Herbst die Landtagswahlen und unmittelbar darauf die Reichstagswahlen vollziehen zu lassen, nachdem jetzt der Reichstag nur noch das Budget erledigt hat. Dann muß der preussische Landtag im Oktober zusammentreten und so arbeiten, daß er bis Weihnachten fertig ist, wofür ihm die preussische Regierung kein übertriebenes Pensum auferlegen darf. Im Januar mag dann der Reichstag zusammentreten und in fünfmonatlicher Session erledigen, was er jetzt übrig gelassen hat und was ihm das nächste Jahr an neuen Aufgaben bringt.

Man spricht freilich von dem ungewissen Ausfall der nächsten Wahlen,

\*) Inzwischen hat der Abg. Böck einen Antrag auf Herabsetzung der Beschlussfähigkeitsziffer eingebracht.

von dem möglichen Zuwachs der Ultramontanen und Communisten. Darauf aber muß unseres Erachtens die Regierung es einmal ankommen lassen. Nöthigenfalls kann sie den Reichstag auflösen, und wir fürchten nicht die Wiederholung eines schlechten Wahlergebnisses.

Es zeigt sich aber hier recht, wie schädlich die kurzen Wahlperioden sind. Die Abgeordneten müssen immer vor ihre Wähler treten unter dem einseitigen Eindruck einer abgeschlossenen oder bevorstehenden Gesetzesmaßregel, während das Richtige doch ist, daß sie die Arbeitsfrüchte einer längeren Periode vorlegen können und nachweisen, wie diese und jene beschwerende Maßregel aufgewogen wird hier durch eine Erleichterung, dort durch einen Gewinn.

In der einzigen zu Ende geführten Berathung dieser Woche hat der Reichstag den außerordentlichen Geldbedarf zur Verbesserung der Lage der Unterofficiere in den Jahren 1873 und 1874 neben dem Pauschquantum für das Heer in der zweiten Lesung bewilligt.

C — r.

### Gegen die Massen-Auswanderung. \*)

Daß der Verfasser der linken Seite des Abgeordnetenhauses in Preußen günstig nicht gestimmt ist, beweist der dieser Partei in dem kurzen Vorworte der Abhandlung gemachte, durchaus ungerechtfertigte Vorwurf, dieselbe habe sich daran gewöhnt, die landwirthschaftlichen und conservativen Interessen derartig mit einander zu identificiren, daß bei der Bekämpfung der einen die anderen mehr oder minder in Mitleidenschaft gezogen und als unliebsamer Gegenstand bei Seite geschoben werden. Andererseits ist aus dem Werkchen zu ersehen, daß der Verfasser Nichts gemein haben will mit den Mitgliedern der strengconservativen Partei, und verweisen wir in dieser Beziehung nur auf seine Ansichten über die Kleinstaaterei (S. 78), seine Bemerkungen über die neue Kreisordnung, die er (S. 83.) das erste große organische Gesetz der inneren Politik seit der großen Stein'schen Gesetzgebungsperiode nennt, welches hoffentlich nicht durch den Widerspruch engherziger und für ihre eigene Machtstellung oder Existenz besorgter Landräthe aufgehalten werde.

Vor Allem und in erster Linie fühlt sich aber der Verfasser als Landwirth, jede Seite seines Schriftchens bekundet seine Sorge für die Interessen des großen Grundbesitzes und es ist zu bedauern, daß seine Ausführungen, die vieles Ansprechende enthalten und deren Frische den Leser angenehm be-

\*) „Vorschläge zur Beseitigung der Massen-Auswanderung“ von G. v. G. auf T. Berlin 1873. Fr. Kortkampff.